

# Liebe Österreicherinnen, liebe Österreicher!

In den letzten Jahren haben einige Politiker wie Merkel, Juncker oder Macron mit ihrer Willkommenspolitik Europa in eine wirtschaftliche, sicherheitspolitische und soziale Schieflage gebracht.

Jetzt ist es Zeit, mit Ihrer Stimme eine Kurskorrektur vorzunehmen. Für uns als freiheitliche Politiker heißt das auch, die Interessen Österreichs wieder in den Mittelpunkt zu rücken statt sie für europäische Belibigkeiten zu vernachlässigen. Ich möchte aber vor allem Sie persönlich bitten, am 26. Mai 2019 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament zu gehen.

Wie bereits bei der Nationalratswahl 2017 in Österreich haben wir jetzt auch bei der Europawahl die einmalige Chance, dass wir in der EU-Politik die Weichen neu stellen. Denn nur Ihre Stimmabgabe bei der Wahl wirkt gegen die EU-Asylchaoten.

Ihr  
**Harald Vilimsky**  
Spitzenkandidat zur  
Europawahl und Mitglied  
des Europäischen  
Parlaments



**FPÖ**  
Am 26. Mai 2019



## Grenzen effektiv sichern

**Die Außengrenzen der EU müssen endlich effektiver gegen illegale Migration geschützt werden.**

Grenzkontrollen im EU-Binnenraum bleiben ein wichtiges Instrument, um gegen Sekundärmigration und Terrorbedrohungen vorzugehen. Deshalb soll jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit zur Kontrolle seiner Grenzen haben, solange die EU-Außengrenzen nicht effektiver geschützt werden.

## Mehr Österreich, weniger EU

**Wir Freiheitlichen lehnen einen zentralistischen EU-Superstaat als eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“ ab.**

Die EU soll sich auf Kernkompetenzen konzentrieren, die einen europäischen Mehrwert bringen (wie etwa internationaler Handel, Außengrenzschutz, Sicherheitspolitik oder Forschung). In anderen Bereichen sollen Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückverlagert werden.

**Gemeinsam für ein  
starkes Österreich!**

**FPÖ**  
Am 26. Mai 2019

**Harald Vilimsky**  
Spitzenkandidat  
zur Europawahl

**HC Strache**  
FPÖ-Bundesparteiobermann

**FPÖ V~~X~~TEN**  
Steh auf für unsere  
**HEIMAT**

[fpoe.eu](http://fpoe.eu)



## Weniger Bürokratie

**Weniger Aufgaben für die EU bedeuten auch Einsparungsmöglichkeiten in der Verwaltung.**

Wir treten daher für eine umfassende EU-Verwaltungsreform ein. Die über 60.000 Mitarbeiter umfassenden EU-Institutionen sollen verkleinert sowie die Kommission und das Europäische Parlament halbiert werden. Alle Einrichtungen und Dienststellen des EU-Parlaments sind auf einen einzigen Dienstsitz zusammenzulegen.



## Mehr Kontrolle bei Lobbyisten

**Der starke Einfluss von tausenden Konzernlobbyisten auf die Entscheidungsträger in den EU-Institutionen ist demokratiepolitisch bedenklich.**

Wir fordern daher eine Registrierungspflicht aller „Berater“ sowie eine Offenlegung von Art und Ziel ihrer Kontaktaufnahme mit EU-Abgeordneten und EU-Beamten. Bei Verstößen soll es harte Strafen geben. Der „Dreh-türeffekt“ (der unmittelbare Wechsel von Funktionsträgern und Abgeordneten in hochwertige Jobs in der Wirtschaft) soll durch Sperrfristen verhindert werden.

## Keine Zwangsverteilung von Flüchtlingen

**Jede EU-weite Zwangsverteilung von Flüchtlingen lehnen wir ebenso ab wie etwaige Verpflichtungen aus Umsiedlungsprogrammen.**

Wir wollen keine aufgezwungene Solidarität, sondern die EU-Mitgliedstaaten sollen die Kontrolle darüber behalten, welche und wie viele Menschen sie auf ihr Territorium lassen.



## Keine Islamisierung Europas

**Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Massenzuwanderung in die EU stoppen, die in den vergangenen Jahren vor allem muslimisch geprägt war.**

Es braucht zudem ein europaweites Verbot von ultrakonservativen salafistischen Gruppen und anderen Vereinen mit radikalislamischem Hintergrund sowie entschiedene Bemühungen, um die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern.



## Kampf gegen Terror

**Seit dem Jahr 2015 wurden in der EU durch großteils islamistische Anschläge an die 350 Menschen getötet und über 1.900 verletzt.**

Um die Bevölkerung besser zu schützen, sollen als „Gefährder“ eingestufte Personen entweder ausgewiesen oder in ihrer Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden – etwa durch eine Sicherungshaft. Wir Freiheitlichen fordern auch die Schaffung eines ständigen Ausschusses für Terrorismusbekämpfung im Europäischen Parlament.



## Weniger Leid bei Tiertransporten

**Jährlich werden schätzungsweise 360 Millionen Schweine, Rinder, Schafe und Ziegen innerhalb der EU und ungefähr vier Millionen Tiere in Drittstaaten transportiert.**

Lange Fahr- und Stehzeiten verursachen unnötiges Tierleid. Deshalb wollen wir, dass die Transportzeiten innerhalb Europas auf maximal acht Stunden begrenzt werden. Außerdem fordern wir ein striktes Verbot des Exports von Schlachtvieh in Drittstaaten.